



2018/0356M(NLE)

5.12.2019

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten

für den Ausschuss für internationalen Handel

zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss des
Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und der
Sozialistischen Republik Vietnam
(2018/0356M(NLE))

Verfasserin der Stellungnahme: Isabel Wiseler-Lima

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten ersucht den federführenden Ausschuss für internationalen Handel, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. weist erneut darauf hin, dass das Parlament am 17. Dezember 2015¹ dem Rahmenabkommen über umfassende Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der EU und Vietnam seine Zustimmung erteilte, in dem die künftigen Beziehungen festgelegt sind und das darauf abzielt, die Zusammenarbeit bei der Bewältigung globaler und regionaler Herausforderungen weiter zu verstärken; stellt mit Besorgnis fest, dass sich die Lage der Menschenrechte in dem Land seit dem Inkrafttreten des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens verschlechtert hat;
2. bedauert, dass die Kommission – trotz der entsprechenden Aufforderung des Parlaments – zum Freihandelsabkommen zwischen der EU und Vietnam keine Folgenabschätzung in Bezug auf die Menschenrechte durchgeführt hat, was im Widerspruch zu der Entscheidung der Europäischen Bürgerbeauftragten von 2015 steht und den im EU-Aktionsplan für Menschenrechte und Demokratie eingegangenen Verpflichtungen zuwiderläuft, und fordert sie auf, unverzüglich eine solche Folgenabschätzung vorzunehmen; weist darauf hin, dass die Kommission auch zugesagt hatte, eine Ex-post-Bewertung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen durchzuführen;
3. betont, dass Vietnam als wichtigem Partner der EU in Südostasien und innerhalb der ASEAN-Länder strategische Bedeutung zukommt, unter anderem und vor allem in Bezug auf die Verhandlungen über den Klimaschutz, die verantwortungsvolle Staatsführung, die nachhaltige Entwicklung, den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt und die Bekämpfung des Terrorismus; betont, dass Vietnam bei der Förderung der Menschenrechte und der demokratischen Reformen ein Partner werden muss; weist darauf hin, dass Vietnam im Jahr 2020 den Vorsitz im ASEAN innehat; erachtet es als sehr wichtig, dass die EU und Vietnam das Übereinkommen von Paris uneingeschränkt einhalten und umsetzen;
4. begrüßt das am 17. Oktober 2019 unterzeichnete Abkommen zwischen der EU und der Regierung Vietnams über die Festlegung eines Rahmens für die Beteiligung Vietnams an Krisenbewältigungsoperationen der EU; hebt hervor, dass Vietnam das zweite Partnerland in Asien ist, das ein Rahmenbeteiligungsabkommen mit der EU unterzeichnet hat; betont, dass das Abkommen einen bedeutenden Fortschritt in den Beziehungen zwischen der EU und Vietnam darstellt;
5. würdigt die Bemühungen Vietnams um eine Reformagenda insbesondere bei den im Kapitel des Freihandelsabkommens über nachhaltige Entwicklung genannten Umwelt- und Arbeitnehmerrechten; fordert die Regierung Vietnams auf, alle geeigneten legislativen und nichtlegislativen Maßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung der höchstmöglichen Menschenrechtsnormen – darunter auch Umweltschutz- und Arbeitsnormen – wirksam sicherzustellen und diese Normen umzusetzen; begrüßt die Ratifizierung von sechs der acht grundlegenden Übereinkommen der IAO, nämlich

¹ Angenommene Texte, P8_TA(2015)0467.

Nr. 29 über Zwangsarbeit, Nr. 100 und Nr. 111 über Diskriminierungsverbote, Nr. 138 und Nr. 182 über Kinderarbeit und unlängst Nr. 98 über das Vereinigungsrecht und das Recht auf Kollektivverhandlungen; fordert die Regierung Vietnams eindringlich auf, die noch nicht ratifizierten Übereinkommen zügig zu ratifizieren und in vollem Umfang umzusetzen; fordert ein wirksam durchsetzbares Verfahren, das für das Kapitel über Handel und nachhaltige Entwicklung gilt, und einen eindeutigen, öffentlichen und verbindlichen Zeitplan für die Ratifizierung der IAO-Übereinkommen Nr. 87 über Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechts und Nr. 105 über die Abschaffung der Zwangsarbeit;

6. ist nach wie vor besorgt über die Menschenrechtsverletzungen, die in Vietnam unter anderem in Form von Verurteilungen, politischer Einschüchterung, aufdringlicher Überwachung, Schikanie und Entführung von Journalisten, Bloggern, Dissidenten und Menschenrechtsverteidigern sowie in Form von Übergriffen auf und unfairen Verfahren gegen diese Personen, der Beschneidung der Glaubens-, Meinungs- und Vereinigungsfreiheit und der Anwendung der Todesstrafe stattfinden; fordert Vietnam auf, die Todesstrafe auszusetzen und unverzüglich Maßnahmen zu ihrer Abschaffung zu ergreifen; bedauert zutiefst, dass die Zahl der politischen Gefangenen und der inhaftierten Journalisten, Blogger und Menschenrechts-, Arbeitsrechts-, Religions- und Umweltaktivisten in den vergangenen Jahren zugenommen hat; fordert, dass all jene, die nur deshalb festgenommen wurden, weil sie ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wahrgenommen haben, freigelassen und alle Anklagepunkte gegen sie fallengelassen werden;
7. betont, dass die Menschenrechte ein Eckpfeiler des im Freihandelsabkommen enthaltenen Kapitels über Handel und nachhaltige Entwicklung sind; ist besorgt darüber, dass sich das Freihandelsabkommen lediglich auf ein gewisses Spektrum von Rechten konzentriert, nämlich vor allem die Kernübereinkommen der IAO; fordert daher, dass die Menschenrechte stärker einbezogen werden und gleichzeitig ein Verfahren vorgesehen wird, mit dem ihre wirksame Durchsetzung sichergestellt wird; fordert eine regelmäßige und unabhängige Bewertung der Auswirkungen des Abkommens;
8. fordert Vietnam auf, die Empfehlungen aus der jüngsten allgemeinen regelmäßigen Überprüfung umzusetzen; fordert die staatlichen Stellen Vietnams auf, die Rechtsvorschriften des Landes mit den internationalen Menschenrechtsnormen und den damit verbundenen Verpflichtungen, etwa dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (IPBPR), dem Vietnam beigetreten ist, in Einklang zu bringen, indem insbesondere sein Strafgesetzbuch, sein Gesetz über Cybersicherheit und sein Weltanschauungs- und Religionsgesetz überarbeitet werden; fordert die vietnamesische Regierung auf, die Rechtsvorschriften, mit denen öffentliche Versammlungen und Demonstrationen geregelt werden, mit dem Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit in Einklang zu bringen;
9. betont, dass Artikel 13 des Freihandelsabkommens ein kooperativer Ansatz zugrunde liegt, der auf gemeinsamen Werten und Interessen beruht und den zwischen den Vertragsparteien hinsichtlich ihres jeweiligen Entwicklungsstands bestehenden Unterschieden Rechnung trägt; begrüßt die Möglichkeit, die unter Artikel 13 über Handel und nachhaltige Entwicklung fallenden Angelegenheiten zunächst mittels einer

Aussprache im Ausschuss für Handel und nachhaltige Entwicklung zu lösen; bedauert, dass das zweite Verfahren, das einer Vertragspartei die Möglichkeit gibt, ein unabhängiges Expertengremium einzuberufen, falls die jeweiligen Angelegenheiten nicht gelöst werden können, nach wie vor den eigenen Verfahren der Vertragsparteien unterworfen werden kann und ihrer Bereitwilligkeit, es zu nutzen, unterliegt; fordert die EU und Vietnam auf, einen unabhängigen Überwachungsmechanismus für Menschenrechte und einen unabhängigen Beschwerdemechanismus einzurichten, der betroffenen Bürgern und Interessenträgern vor Ort wirksame Rechtsmittel und ein Werkzeug an die Hand gibt, mit denen sie gegen mögliche negative Auswirkungen auf die Menschenrechte vorgehen können, vor allem indem das zwischenstaatliche Streitbeilegungsverfahren auf das Kapitel über Handel und nachhaltige Entwicklung angewandt wird;

10. betont, dass mit dem Freihandelsabkommen eine institutionelle und rechtsverbindliche Verbindung zum Partnerschafts- und Kooperationsabkommen hergestellt wird; weist darauf hin, dass Artikel 1 des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens eine Standardklausel zu den Menschenrechten enthält, die es ermöglicht, geeignete Maßnahmen einzuleiten, darunter als letztes Mittel die unverzügliche Aussetzung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens oder von Teilen davon; weist darauf hin, dass die Europäische Bürgerbeauftragte im Fall 1409/2014/MHZ zum Freihandelsabkommen zwischen der EU und Vietnam festgestellt hat, dass die Präambel des Abkommens und sonstige herkömmliche Instrumente wie die Menschenrechtsklausel des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens und der Menschenrechtsdialog nicht ausreichen, um den Verpflichtungen der EU angemessen Rechnung zu tragen, insbesondere wenn die Rechtsetzung des Drittstaats nicht mit internationalen Menschenrechtsnormen im Einklang steht; fordert, dass ein Verfahren eingerichtet wird, um die Umsetzung der Menschenrechtsklausel auf der Grundlage regelmäßiger Bewertungen zu überwachen, wie auch ein Verfahren, mit dem eindeutige und belastbare Konsequenzen festgelegt werden, die bei Verstößen gegen das Abkommen greifen;
11. stellt mit Besorgnis fest, dass die unabhängige Zivilgesellschaft in Vietnam unnachgiebig unterdrückt wird und dass viele ihrer Vertreter aus Angst vor Verfolgung und Vergeltung im Untergrund tätig sind; legt der Kommission nahe, verstärkt technische Unterstützung und verfügbare Mittel zu gewähren, um die Entwicklung der unabhängigen Zivilgesellschaft Vietnams voranzutreiben und das Land so bei der Einhaltung seiner internationalen Menschenrechtsverpflichtungen und der Überwachung der ordnungsgemäßen Umsetzung von Artikel 13 des Freihandelsabkommens zu unterstützen. fordert die Kommission auf, sicherzustellen, dass die im Kapitel über Handel und nachhaltige Entwicklung vorgesehenen internen Beratungsgruppen Vertreter der Zivilgesellschaft umfassen, die wirklich unabhängig sind, und die Verfahren darzulegen, mit denen dafür gesorgt wird, dass sie ihre Aufgabe hinsichtlich der Kontrolle der Umsetzung des Freihandelsabkommens ordnungsgemäß und sicher wahrnehmen können, ohne Repressalien fürchten zu müssen;
12. betont, dass das Parlament und seine zuständige interparlamentarische Delegation die Entwicklungen in Vietnam und die Umsetzung sämtlicher Abschnitte des Freihandelsabkommens genau verfolgen und überwachen müssen, damit auf die Entwicklungen vor Ort reagiert werden kann; fordert den Europäischen Auswärtigen

Dienst (EAD) und die Kommission auf, bei der Vorbereitung der jährlichen Menschenrechtsdialoge und der dazugehörigen Nachbesprechungen sowie bei der Überarbeitung der länderspezifischen Menschenrechtsstrategie der EU für Vietnam eng mit dem Parlament zusammenzuarbeiten;

13. ist der festen Überzeugung, dass in Vietnam Verbesserungen in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, verantwortungsvolle Staatsführung, nachhaltige Entwicklung und Achtung der Menschenrechte erforderlich sind;
14. fordert die Kommission und den EAD auf, dem Parlament formell darüber Bericht zu erstatten, ob Vietnam seine Zusage, bei einer Reihe von Menschenrechtsfragen – wie in seiner Entschließung vom 17. Dezember 2015² dargelegt – Fortschritte zu erzielen, einhält;
15. ist der Ansicht, dass dem Abkommen nur dann die Zustimmung erteilt werden sollte, wenn Vietnam seine politischen Gefangenen freilässt; hält es für dringend geboten, sich auf einen eindeutigen Zeitplan für wirksame legislative und nichtlegislative Maßnahmen, mit denen den in dieser Entschließung dargelegten Anliegen Rechnung getragen wird, festzulegen und diesen Zeitplan gemeinsam mit der Kommission zu vereinbaren; fordert die Kommission auf, sich mit diesen Anliegen zu befassen.

² Nichtlegislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Dezember 2015 zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss – im Namen der Union – des Rahmenabkommens über umfassende Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Sozialistischen Republik Vietnam andererseits (ABl. C 399 vom 24.11.2017, S. 141).

VERFAHREN DES MITBERATENDEN AUSSCHUSSES

Titel	Abschluss des Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Sozialistischen Republik Vietnam	
Bezugsdokumente – Verfahrensnummer	2018/0356M(NLE)	
Federführender Ausschuss	INTA	
Stellungnahme von Datum der Bekanntgabe im Plenum	AFET 24.10.2019	
Verfasser(in) der Stellungnahme Datum der Benennung	Isabel Wiseler-Lima 30.9.2019	
Prüfung im Ausschuss	14.10.2019	2.12.2019
Datum der Annahme	4.12.2019	
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 47	-: 7
	0: 8	
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Alexander Alexandrov Yordanov, Maria Arena, Traian Băsescu, Phil Bennion, Fabio Massimo Castaldo, Susanna Ceccardi, Włodzimierz Cimoszewicz, Gina Dowding, Tanja Fajon, Michael Gahler, Giorgos Georgiou, Raphaël Glucksmann, Klemen Grošelj, Bernard Guetta, Márton Gyöngyösi, Sandra Kalniete, Andrius Kubilius, Ilhan Kyuchyuk, David Lega, Nathalie Loiseau, Jaak Madison, Thierry Mariani, David McAllister, Vangelis Meimarakis, Sven Mikser, Javier Nart, Urmas Paet, Demetris Papadakis, Tonino Picula, Manu Pineda, Kati Piri, Diana Riba i Giner, Catherine Rowett, Nacho Sánchez Amor, Isabel Santos, Jacek Saryusz-Wolski, Radosław Sikorski, Sergei Stanishev, Hermann Tertsch, Idoia Villanueva Ruiz, Viola Von Cramon-Taubadel, Irina Von Wiese, Witold Jan Waszczykowski, Charlie Weimers, Isabel Wiseler-Lima	
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Andrea Cozzolino, Arnaud Danjean, Loucas Fourlas, Jytte Guteland, Andrzej Halicki, Martin Horwood, Katrin Langensiepen, Hannah Neumann, Juozas Olekas, Kris Peeters, Bert-Jan Ruissen, Mick Wallace, Javier Zarzalejos, Bernhard Zimniok	
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 209 Abs. 7)	Heidi Hautala, Gilles Lebreton, Geoffrey Van Orden	

NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

47	+
NI	Fabio Massimo Castaldo, Márton Gyöngyösi
PPE	Alexander Alexandrov Yordanov, Traian Băsescu, Arnaud Danjean, Loucas Fourlas, Michael Gahler, Andrzej Halicki, Sandra Kalniete, Andrius Kubilius, David Lega, David McAllister, Vangelis Meimarakis, Kris Peeters, Radosław Sikorski, Isabel Wiseler-Lima, Javier Zarzalejos
RENEW	Phil Bennion, Klemen Grošelj, Bernard Guetta, Martin Horwood, Ilhan Kyuchyuk, Nathalie Loiseau, Javier Nart, Urmas Paet, Irina Von Wiese
S&D	Maria Arena, Włodzimierz Cimoszewicz, Andrea Cozzolino, Tanja Fajon, Raphaël Glucksmann, Jytte Guteland, Sven Mikser, Juozas Olekas, Demetris Papadakis, Tonino Picula, Kati Piri, Nacho Sánchez Amor, Isabel Santos, Sergei Stanishev
VERTS/ALE	Gina Dowding, Heidi Hautala, Katrin Langensiepen, Hannah Neumann, Diana Riba i Giner, Catherine Rowett, Viola Von Cramon-Taubadel

7	-
ECR	Bert-Jan Ruissen, Jacek Saryusz-Wolski, Geoffrey Van Orden, Witold Jan Waszczykowski
GUE/NGL	Mick Wallace
ID	Gilles Lebreton, Thierry Mariani

8	0
ECR	Hermann Tertsch, Charlie Weimers
GUE/NGL	Giorgos Georgiou, Manu Pineda, Idoia Villanueva Ruiz
ID	Susanna Ceccardi, Jaak Madison, Bernhard Zimniok

Erklärung der benutzten Zeichen:

+ : dafür

- : dagegen

0 : Enthaltung